

# Verein der in der DDR geschiedenen Frauen e.V.

Pressekontakt: Marion Böker  
Tel.: +49-(0) 30-41702011, +49 (0) 1739377240  
E-Mail: info@boeker-consult.de

## P R E S S E E I N L A D U N G

02/2015 - 09.02.2015

Wir laden Sie herzlich ein, zum

**Treffen der Initiativgruppenleiterinnen der in der DDR geschiedenen Frauen**

**Do., den 12. März 2015**

**in der Magdeburger Jugendherberge**

**Leiterstraße 10 (Zentrum)**

**11.00 - 15.00 UHR**

*Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März und der am 9. März in New York beginnenden UN-Frauenrechtskommission mit dem Peking+20-Überprüfungsprozess zu den Vereinbarungen der 4. UN-Weltfrauenkonferenz erklärt der Verein der in der DDR geschiedenen Frauen:*

*Die Regierung muss endlich das uns zugefügte Unrecht beseitigen - Nur so kann sie ihre Glaubwürdigkeit in Bezug auf Frauen- und Menschenrechte wieder herstellen.*

Menschenrechtlich geltende Verpflichtungen zu Frauenrechten bleiben zu oft ohne Anwendung in Deutschland. Politik und Gesetzgeber können sie missachten und damit für uns Menschen wertlos machen. Wir müssen sie erstreiten. Dazu rufen wir auf!

Es gibt es viele weiterhin beständig Wirkung zeigende Diskriminierungen in Deutschland, wie etwa das Lohn- und Renten-Gap bei Frauen, die längst beseitigt sein sollen. Alle Regierungen können handeln. Dann wird die Plattitüde vom 'mangelnden politischen Willen' ins Feld geführt. Recht ist das nicht.

Die Regierungen ignorieren in unserer Sache seit vielen Legislaturperioden Grund- und Menschenrechte. Das Grundgesetz und das *UN-Abkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau* (CEDAW) gebieten Bund und Ländern, keine Diskriminierung der Frau zuzulassen und, wo vorhanden, sie von sich aus sofort zu beseitigen. Uns sind demnach auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Mann und Frau gleiche Rechte zu gewährleisten, unter anderem *"auf soziale Sicherheit, insbesondere auf Leistungen bei Eintritt in den Ruhestand, .bei ..., Krankheit, Invalidität und im Alter, ..."* (CEDAW Art. 11, Abs.1, e.).

Wir haben deshalb den UN-CEDAW-Ausschuss 2011 um ein Untersuchungsverfahren ersucht. Wir erwarten, dass uns etwa eine dem Versorgungsausgleich ähnliche, fiktiv berechnete und steuerfinanzierte Kompensation oder eine andere adäquate 'positive Maßnahme' zugesprochen wird. Eine Entschädigung für 25 Jahre erlittener, schwerwiegender mehrfacher Diskriminierung und ihren Auswirkungen wären angemessen. Wir erwarten mit der Ungeduld unseres Alters die Beurteilung von UN-CEDAW. Unsere Hoffnung liegt darin.

Seit 25 Jahren hat Gleichstellung bei der Rentenbemessung der in der DDR geschiedenen Frauen keine Gültigkeit. Es drängte 800.000 Frauen in Entwürdigung und Verzweiflung, da ihre Lebensleistung missachtet wurde: was sie täglich spüren, Dabei haben sie trotz vorübergehender Erwerbsarbeitszeitverkürzung für Kinder oder zu pflegende Angehörige 40 Arbeitsjahre aufzuweisen. Sie hatten sogar eine symbolische Versicherung gezahlt, die mit anderen Gesetzen absicherte, dass kurzfristige Sorgearbeit in der Familie nicht zur Rentenminderung führt.

Die ost- und westdeutsche Elite der Gleichstellungsverantwortlichen diskutierte das Modell einer 'Sorgearbeitsversicherung' für die existenzsichernde Rente aller Frauen kurz vor dem

Einigungsvertrag, - weit entfernt von wahrer Entscheidungsmacht. Daraus wie aus der Gerechtigkeit für uns wurde nachhaltig nichts. Die ausgleichenden Maßnahmen wurden im Einigungsvertrag und Rentenüberleitungsgesetz ignoriert. Politiker/innen aller Parteien äußerten nachweislich, damit sei Unrecht geschehen. Viele der 800.000 Frauen starben ohne Gerechtigkeit, und jede zweite in Armut. Jede zweite erhält eine Rente unterhalb der Armutsgrenze.

Viele der noch lebenden ca. 300.000 Frauen zählen zu den Hochbetagten. Darunter nicht wenige, die zwar ein Durchschnittsalter von 75 haben, aber doch arbeiten und mit 80 Jahren erneut vor der Angst vor dem Arbeitsplatzverlust stehen.

Das Sorgen umeinander wird immer wichtiger. Die passende Arbeitsform in diesem Lebensalter ist entscheidend. Der Verein wird seine politische, rechtliche und zunehmend soziale Arbeit nicht aufgeben. In den kommenden Jahren treten Tausende Betroffener in die Rente ein. Viele werden bei uns aktiv werden.

In Magdeburg werden wir ausloten, wie wir die nächsten Jahre meistern, was die über 30 lokalen Initiativgruppen tun wollen, wie wir weiter an die Politik herantreten, damit diese das 2015 erwartete UN-CEDAW-Urteil zügig umsetzt. Dazu werden wir beraten, wie die bevorstehende Foto-Portrait-Ausstellung über uns im Berliner Regierungszentrum von uns begleitet wird.

***Sponsorinnen und Spender/innen für die Fotoausstellung und unsere Arbeit:***

***Konto: Verein der in der DDR geschiedenen Frauen e.V.; IBAN: DE60 8604 0000 0101408300, BIC: COBADEFFXXX; Zweck: Fotoausstellung***

***Betroffene können sich hier registrieren: Büroservice in Erfurt: Telefon-Nummer 0361 – 6602 0241 . Sie erhalten einen Fragebogen wochentags von 8.00 bis 18.00 Uhr.***

***Mehr: [www.verein-ddr-geschiedener-frauen.de/registrierung.html](http://www.verein-ddr-geschiedener-frauen.de/registrierung.html)***